

Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf



Deutschland. **Aber normal.**

Programm der Alternative für Deutschland
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf
für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag



Wahlprogramm
der
Alternative für Deutschland
im Stadtbezirk
Marzahn-Hellersdorf
von Berlin

1. Inhaltsverzeichnis

	Inhaltsverzeichnis	5
	Grußwort	7
1	Präambel	9
2	Familie und Kinder	11
3	Schule und Sport	13
4	Gesundheit	15
5	Wohnen, Verkehr und Städtebau	17
6	Arbeit und Soziales	22
7	Wirtschaft	23
8	Finanzen und Verwaltung	26
9	Innere Sicherheit und Ordnung	27
10	Integration / Zuwanderung	30
11	Direkte Demokratie – Demokratiedefizite	33
12	Natur und Umwelt	37
13	Kultur und Freizeit	40
	Notizen	42

Grußwort

Haben auch Sie - genau wie ich – ein ungutes Gefühl, wenn Sie an die Zukunft denken? Das muss nicht sein!

Die Politik der AfD wird traditionelle Werte erhalten und das Vertrauen in eine verlässliche Zukunft wieder aufbauen.

Wir haben uns bundesweit etabliert und sind in allen Parlamenten gut vertreten.

Wir haben unbequeme Probleme klar benannt, Debatten angestoßen und Diskurse eröffnet. Als starke Oppositionspartei hat die AfD die Altparteien unter Druck gesetzt und schon damit die Politik beeinflusst. Die AfD hat ihren Platz in der Politik gegen jeden Widerstand standhaft verteidigt.

Allen anderslautenden Behauptungen zum Trotz sind wir eine demokratische, bürgerliche Kraft und stehen auf dem Boden des Grundgesetzes und der Berliner Verfassung.

Demokratie braucht Opposition.

Deutschland braucht Normalität.

Jeannette Auricht

Vorsitzende des Bezirksverbandes
der Alternative für Deutschland
in Marzahn-Hellersdorf



Präambel

Liebe Bürger, die AfD vertritt Ihre Interessen nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch auf kommunaler Ebene. Also dort, wo es um Angelegenheiten unseres Stadtbezirks geht, die auch hier entschieden werden können. Aber auch bei vom Land Berlin zu entscheidenden Fragen kann der klar zum Ausdruck gebrachte Bürgerwille die Entscheidungen oft – leider nicht immer – in die richtige Richtung lenken.

Dafür wählen Sie die Verordneten der AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Und das hoffentlich wieder mit so vielen Stimmen, dass sie all diese Aufgaben gut erledigen kann.

Wenn Sie in diesem Wahlprogramm ein Sie interessierendes Thema nicht finden, heißt das nicht, dass die AfD dazu keine Meinung oder dafür kein Interesse hat. Dieses Wahlprogramm hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn Sie aber auf einen Punkt stoßen, bei dem Sie eine andere Meinung als die AfD haben oder eine ihrer Meinung nach wichtige Ergänzung vorschlagen wollen, sollten Sie sich gerne mit der alten oder neuen AfD-Fraktion in der BVV oder unseren Mitgliedern an den Info-Ständen in Verbindung setzen. Guten Argumenten und Hinweisen stehen wir immer aufgeschlossen gegenüber.

Viele dieser Themen sind nicht auf einen Gesichtspunkt begrenzt. Verkehrspolitik, Schule und Sozialpolitik haben bspw. große Überschneidungen.

2. Familie und Kinder

- **Familienförderung**

Die staatliche Familienpolitik muss alles dafür tun, die bestehenden Nachteile für traditionelle Familien zu beseitigen und den grundgesetzlich garantierten Schutz von Ehe und Familie sicherzustellen. Die traditionelle Familie darf durch die Politik nicht in Frage gestellt werden.

- **Steuerliche Entlastung für Familien**

Wir wollen, dass Familien steuerlich entlastet werden.
(Familiensplitting statt Ehegattensplitting)

- **Wahlfreiheit statt Kitapflicht**

Die Idee einer Kindergartenpflicht lehnen wir ab.
Es darf keine Benachteiligung der Betreuung in der Familie gegenüber einer Tageseinrichtung oder einer Betreuung durch eine Tagesmutter geben.

- **Ausbau der Kinderbetreuung**

Die AfD tritt dafür ein, dass bedarfsgerecht genügend wohnortnahe KITA-Plätze geschaffen werden. Für Eltern, die ihre Kinder nicht in eine KITA geben wollen, müssen im Bezirk genügend Tagesmutter-Plätze zur Verfügung stehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass jedem Kind im Bezirk ein Platz in einer Kita oder Tagespflege wohnortnah zur Verfügung gestellt wird.

- **Verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen**
Alle Kinder müssen frühzeitig auf das Vorhandensein von Behinderungen oder Fehlentwicklungen untersucht werden, um so rechtzeitig Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung des Kindes zu schaffen
- **Für eine aktive Väter- und Jungenpolitik**
Männer sind gegenwärtig im Erziehungswesen unterrepräsentiert. Die Bedürfnisse von Jungen sind in der Vergangenheit nicht ausreichend beachtet worden. Auch Jungen brauchen positive, gern auch männliche, Vorbilder.
Daher spricht die AfD sich für eine Erhöhung des Männeranteils im Bildungs- und Erziehungswesen aus.

3. Schule und Sport

- **Bedarfsgerechte Bildungseinrichtungen endlich realisieren**

Ein ausreichendes Angebot an Unterrichtsplätzen ist im Bezirk weiterhin nicht gegeben.

Daher setzen wir uns neben der baulichen Instandsetzung der Schulgebäude und Turnhallen für den Neubau moderner Schulgebäude sowie die längst überfällige bedarfsgerechte Digitalisierung ein.

- **Wiedereinführung der Vorschule**

Wir fordern die Wiedereinführung der Vorschule für alle Kinder.

- **Kein Gendermainstream an den Schulen**

Die unter dem Einfluss gegenwärtigen linken Zeitgeistes praktizierten Erweiterungen des klassischen Unterrichtsspektrums um den sogenannten „Gendermainstream“ lehnt die AfD als Frontalangriff auf unsere in Jahrhunderten gewachsene Sprachkultur entschieden ab. Stattdessen sollten gesundheitliche und wirtschaftliche Themen im Rahmen des Unterrichts an den Schulen stärkere Berücksichtigung finden.

- **Keine Lobbygruppen an den Schulen zulassen**

Schulen sind Bildungseinrichtungen und dienen nicht der Vermittlung von Ideologien.

Indoktrination durch schulfremde Agitatoren lehnen wir ab.

- **Die Digitalisierung an Schulen vorantreiben**

Die AfD setzt sich dafür ein, dass alle Schulen und anderen Bildungseinrichtungen auf den Stand der modernen Technik gebracht werden, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung.

- **Förderschulen sind zu stärken**

In unserem Bezirk gibt es viele Kinder mit Förderbedarf, also mit Defiziten die beim Unterricht spezielle Fähigkeiten der Lehrer und Zuwendung sowie besondere räumliche Gegebenheiten erfordern. All diese Rahmenbedingungen sind in überfüllten Klassen nicht gegeben. Die AfD betrachtet den inklusiven Regelunterricht für alle als eine linke Lebenslüge, die letztlich auf Kosten aller, sowohl der Schüler mit und ohne Behinderungen als auch der Lehrer, geht. Dabei ist nicht nur die Ausstattung das Problem, sondern auch die Ausbildung der Lehrer: Ein paar Weiterbildungen ersetzen kein 5-jähriges Sonderschulstudium mit seinen Spezialisierungsrichtungen. Wir fordern deshalb die Stärkung der Förderschulen, damit alle Kinder, die für diese Schulform infrage kommen, dort auch beschult werden können.

- **Breiten – und Vereinssport insbesondere nach der Pandemie finanziell unterstützen**

Sportvereine brauchen eine wirksame finanzielle und organisatorische Unterstützung.

4. Gesundheit

Die Gesundheit ist neben den bürgerlichen Grundrechten eines der höchsten Güter, über die ein Mensch verfügt.

Die Gesundheit gilt es unbedingt durch bewusstes, eigenverantwortliches Handeln zu erhalten.

Die Gesundheit darf dabei nicht zur Ware verkommen, Krankenhäuser und ambulante medizinische Einrichtungen dürfen nicht ausschließlich profitorientiert betrieben werden. Dafür setzen wir uns ein.

- **Die Quantität und Qualität ärztlicher Versorgung weiter verbessern**

Der bestehenden Unterversorgung mit Fachärzten ist durch bezirkliche Maßnahmen zu begegnen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass mehr Ärzte und andere Mitarbeiter der Gesundheitswirtschaft in unseren Bezirk kommen und bei der Versorgung mit geeigneten und bezahlbaren Räumen unterstützt werden.

- **Kindernotfallpraxis**

Um die Notaufnahme im Unfallkrankenhaus zu entlasten, sollte in der Nähe des Unfallkrankenhauses eine Notfallpraxis für Kinder gegründet werden.

- **Behinderten- und altersgerechte Infrastruktur**

Wegen der steigenden Anzahl älterer Bürger ist es besonders wichtig, die Infrastruktur für deren Bedürfnisse geeignet zu gestalten. So müssen Bürgersteige mit dem Rollstuhl befahren werden können, Bordsteine an Kreuzungen abgesenkt werden und mehr Haltestellen mit

akustischer Ansage der Bus- oder Tramlinien ausgestattet werden.

Darüber hinaus sind insbesondere in den Großsiedlungsgebieten im angemessenen Abstand Kurzzeitparkflächen für Ärzte bzw. mobile Hauskrankenpflegen zu schaffen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass in allen Dienstgebäuden des Bezirksamtes der Zugang barrierefrei wird. Dafür sind die Räume mit Türschildern in Blindenschrift und QR-Codes auszustatten, die Blinden und Analphabeten Informationen über die jeweilige Abteilung akustisch vermitteln. Außerdem sind alle Dienstgebäude mit in Form von QR-Codes akustisch abrufbaren Lageplänen auszustatten.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass bei Sitzungen der BVV Gebärdendolmetscher tätig werden, um Gehörlosen das Verfolgen kommunaler Demokratieprozesse als Gast oder am Bildschirm zu ermöglichen.

5. Wohnen, Verkehr und Städtebau

Verkehr:

Die AfD tritt dafür ein, dass die Interessen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer optimal berücksichtigt werden. Dabei sollen Lösungen gefunden werden, welche die Interessen aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigen.

- **Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur**

Die Ortsumfahrung Ahrensfelde muss 4-spurig, über Wuhletalstraße / Blumberger Damm gebaut werden.

Wir fordern den 4-spurigen Ausbau des Blumberger Damms nördlich der Landsberger Allee und einen separaten Radweg nach Ahrensfelde.

Die Wuhletalstraße ist nach Falkenberg zu verlängern.

- **Verbesserung des Berufsverkehrs**

Der Berufsverkehr muss so gestaltet werden, dass die teilnehmenden Bürger Zeit sparen und die städtische Wohnumgebung möglichst wenig beeinträchtigt wird.

- **Lückenschluss der TVO realisieren mit Nahverkehrstangente**

Wir fordern die schnellstmögliche Vollendung der Tangentialen Verbindung Ost.

Diese braucht keinen beiderseitigen Radweg. Der gewonnene Platz kann durch ein Gleis für die Schienennahverkehrstangente genutzt werden.

- **Zügiger Neubau der Wuhletalbrücke**
Pendlerströme von und nach Brandenburg dürfen nicht unnötig behindert werden.
- **Ortskern Mahlsdorf entlasten**
Die Ortsumfahrung Mahlsdorf soll durch eine Umgehungsstraße entlang der Stadtgrenze und S-Bahntrasse von der B1 über S-Bahnhof Birkenstein entlang des Zochegrabens realisiert werden.
- **Park & Ride in ausreichender Zahl einrichten**
Weitere Parkplätze für Pendler müssen zur Verfügung gestellt werden, um die Nutzung des ÖPNV zu erleichtern.
- **Einrichtung weiterer Kreisverkehre**
Im Rahmen von Instandsetzungs- und Neubauvorhaben soll die Einrichtung von Kreisverkehren vorrangig vor Ampelkreuzungen angestrebt werden.
- **Keine Ausweitung von Tempo 30-Zonen**
Tempo 30-Zonen dürfen nur dort eingerichtet werden, wo die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer nicht anders gewährleistet werden kann.
- **Grüne Wellen im Bezirk einrichten und aufrechterhalten**
Der Betrieb von Lichtsignalanlagen in der Nacht ist zu prüfen, um den Verkehrsfluss nicht zu behindern. Ampeln sollen in verkehrsschwachen Zeiten, ausgeschaltet werden, um unnötiges Anhalten und Losfahren zu vermeiden.

Nach Möglichkeit sind bedarfsgerechte Grüne Wellen einzurichten und Ampelschaltungen zu optimieren.

Radwege / Bahnhöfe:

- **Radweg-Instandsetzung und Neuanlagen**

Lückenschlüsse und Instandsetzung von Radwegen, sollten Vorrang vor Neuanlagen haben. Zum Beispiel:

- Instandsetzung des Radweges an der Tramlinie M8.
- Radweg entlang der Chemnitzer Straße
- Radweg in der Elsenstraße

Die Märkischen Allee braucht keinen Radweg dafür sind parallele Radwege einzurichten.

Auch vorhandene Radwege die nicht den geltenden Normen entsprechen sind zu erhalten.

- **Instandsetzung und Modernisierung von Bahnhöfen und Bahntrassen**

Wir setzen uns für die Einrichtung eines Regionalbahnhofs Springpfuhl ein.

Die Instandsetzung und Modernisierung aller S-Bahnhöfe der S7 und S75 sowie der noch nicht sanierten U-Bahnhöfe soll zügig erfolgen.

Wir fordern mehr Personal in den Zügen und an den Bahnhöfen.

Stadtentwicklung / Wohnen / Bauen

- **Gegen Solarzwang**
Wir sind gegen den Zwang zur Errichtung von Solaranlagen.
- **Keine Wohnbebauung in den Innenhöfen**
Die Wohn- und Lebensbedingungen der Anwohner sind zu bewahren.
- **Instandsetzung der Gehwege**
Wir fordern die Sanierung der vorhandenen Gehwege.
- **Nachverdichtung nur im quartiersverträglichen Ausmaß realisieren**
Nachverdichtung darf nicht zu Lasten der Wohnqualität führen.
- **Förderungen von Genossenschaften**
Wohnungsbaugenossenschaften sind bei der Vergabe von Bauland gegenüber den Wohnungsbaugesellschaften zu bevorzugen.
Das Genossenschaftswesen ist darüber hinaus durch zur Verfügungstellung begünstigter Darlehn zu fördern.
- **Kleingärten erhalten und neuentwickeln**
Kleingärten dienen neben dem Erholungseffekt, besonders für Familien und Kinder, der Sicherung der Artenvielfalt, dem Umweltschutz und der Verbesserung des innerstädtischen Klimas. Kleingärten sollen geschützt und erhalten werden.

- **Öffentliche Nutzung nicht vermieteter Parkplätze**
Nicht vermietete Parkplätze sollen für die öffentliche Nutzung freigegeben werden.
- **Liegenschaften des Bezirks**
Die vorhandenen Dienstgebäude des Bezirksamtes müssen saniert werden. So soll bspw. die Überhitzung von Räumen im Sommer verhindert werden.

Die AfD will Liegenschaften halten und den Neubau bezirkseigener Verwaltungsgebäude anstreben.

6. Arbeit und Soziales

- **Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse**

Die AfD fordert die Rekommunalisierung der Pförtner- und Reinigungstätigkeiten in den bezirklichen Dienstgebäuden und Schulen.

Wir wollen Unternehmen bei der Festigung und Neuschaffung wohnortnaher, auskömmlicher Arbeitsplätze unterstützen.

- **Evaluierung der Sozialindustrie**

Teile des bezirklichen Sozialsektors sind Resultat des Agierens der Sozialindustrie und sollten einer transparenten Überprüfung unterzogen werden.

Das künftige Bezirksamt werden wir auffordern, Schritte sowohl gegen Kinder- als auch Altersarmut zu unternehmen bzw. zu initiieren.

Dem besonders hohen Anteil alleinerziehender Mütter im Bezirk ist mit der ausreichenden Schaffung notwendiger Kita- bzw. anderweitiger Betreuungsplätze Rechnung zu tragen.

Erziehungsarbeit ist als solche anzuerkennen und zu fördern, Fremderziehung darf keine höhere Anerkennung erfahren als Eigenerziehung durch die Eltern.

7. Wirtschaft

Das Rückgrat der Wirtschaft im Bezirk bilden Klein- und Kleinunternehmen. Sie wie auch den Mittelstand will die AfD im Bezirk stärken. Dazu dient die mittelstandsfreundliche Vergabe kommunaler Aufträge vorrangig an ortsansässige Unternehmen. Sie sollen insbesondere an Klein- und Mittelbetriebe zu erschwinglichen Konditionen vergeben werden. So soll der Bezirk sich aktiv für die Bewahrung der wirtschaftlichen Freiheit einsetzen. Wohnortnahe Arbeitsplätze sind anzustreben.

- **Schaffung einer Willkommenskultur für die mittelständische Wirtschaft**

Gewerbeflächen sind zu erhalten und bei Bedarf neue zu schaffen.

- **Wirtschaftsverkehr**

Für die Wirtschaft sind Verkehrsanbindungen zu schaffen bzw. zu verbessern.

Der Wirtschaftsverkehr darf nicht durch den ideologisch gesteuerten Wegfall von Fahrspuren ausgebremst werden.

- **Gesundheitswirtschaft**

Die AfD befürwortet den Ausbau des Bezirkes auch als Standort der Gesundheitswirtschaft.

Zum Beispiel sind Unternehmen für Seuchen- und Gesundheitsschutz zu fördern.

- **Russland und Deutsche aus Russland**

Zur Nutzung der Sprachkenntnisse vieler Bürger, deren Familien aus Russland in unseren Bezirk gekommen sind, soll sich die bezirkliche Wirtschaftsförderung nach Aufhebung der unsinnigen Russland-Sanktionen um Wirtschaftskontakte nach Russland bzw. andere Republiken, die Bestandteil der ehemaligen Sowjetunion waren, bemühen.

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung soll in Vorbereitung auf die Zeit nach dem Fall der Russland-Sanktionen das mit den zahlreichen Russlanddeutschen im Bezirk gegebene Potential nutzen.

- **Wirtschaftsfaktor Tourismus**

Der Tourismus ist zu fördern. Die Gärten der Welt sind ein Magnet. Im Bezirk ansässige Klein- und mittelständische Unternehmen, Hotels, Restaurants und Pensionen sind bevorzugt zu beteiligen.

Das Umland ist einzubeziehen.

- **bezirkliche Tourismusmagnete erhalten und fördern**

Insbesondere die Gärten der Welt, Schloss Biesdorf und das Gründerzeitmuseum müssen erhalten und verstärkt in ihrer Magnetfunktion genutzt werden.

Die Seilbahn soll als touristische Attraktion mit Senatsförderung in die Trägerschaft des Betreibers der Gärten der Welt überführt werden. Wenn eine Integration der Seilbahn in das Netz der BVG möglich ist, unterstützt die AfD auch diese Lösung.

- **Mittelstand und Handwerk**

Die Förderung von Existenzgründungen im Bezirk soll in Zusammenarbeit mit den bestehenden, bezirklichen Wirtschaftsverbänden verbessert werden.

Öffentliche Aufträge sind nach Möglichkeit vorrangig im Bezirk zu vergeben.

8. Finanzen und Verwaltung

- **Effiziente Verwaltung ohne lange Wartezeiten**

Die Verwaltung muss durch Nutzung der Digitalisierung so gestaltet werden, dass Dienstleistungen für die Bürger effizient und ohne lange Wartezeiten erbracht werden.

Dafür muss die Erbringung aller Leistungen entbürokratisiert werden. Die AfD will die Lähmung der Verwaltung durch die Einbindung von immer mehr Beauftragten in Entscheidungsvorgänge beenden und so die Verwaltung sinnvoll verschlanken.

- **Mehr Autonomie für den Bezirk**

Selbstverständlich tritt die AfD auch für mehr Autonomie der Bezirke ein, um den Anreiz für gute Verwaltungsarbeit zu erhöhen.

Wir wollen mehr finanzielle Spielräume und Entscheidungsfreiheiten der Berliner Stadtbezirke gegenüber dem Senat und mehr Kontrollrechte durch den Landesrechnungshof und die Rechnungsprüfungsausschüsse in den Bezirksverordnetenversammlungen.

Politisch motivierte Projekte müssen aus dem Bezirkshaushalt entfernt werden.

9. Innere Sicherheit und Ordnung

- **Moderne Ausstattung der Polizei**
- Die Polizeibeamten in unserem Bezirk leisten eine wichtige Arbeit für uns alle. Wir fordern, dass unsere Polizei hierfür personell und ausrüstungstechnisch angemessen ausgestattet wird.

Transparenz bei der Benennung und Herkunft der Straftäter

Wir fordern grundsätzlich die Benennung der Herkunft der Straftäter in der Kriminalitätsstatistik.

Schluss mit kultursensibler Strafverfolgung - Parallele Rechtsstrukturen sind aufzulösen.

Keine Berücksichtigung bei ethnischer Herkunft der Täter bei der Strafbemessung.

- **Kriminalitätsschwerpunkte beseitigen**
In unserem Bezirk entwickeln sich zunehmend Kriminalitätsschwerpunkte. Wir fordern, dass diese Gebiete, ebenso wie die Bahnhöfe, regelmäßig von Polizeibeamten bestreift werden. Straftäter sind unverzüglich der Justiz zuzuführen und Strafverfahren zeitnah durchzuführen. Eine bloße Identitätsfeststellung und ein Platzverweis reichen zur Kriminalitätsbekämpfung nicht aus.

- **Keine weiteren Flüchtlingsunterkünfte im Bezirk**
Im Berliner Vergleich steht unser Bezirk, was die Anzahl sogenannter „Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete“ angeht, an dritter Stelle. Wir fordern, dass der Bau und /oder die Einrichtung weiterer Flüchtlingsunterkünfte gestoppt wird.
Wir lehnen die weitere Unterbringung sogenannter „Geflüchteter“ in unserem Bezirk, nicht zuletzt wegen der angespannten Wohnraumsituation, ab. Wir fordern die Rückführung ausreisepflichtiger Personen. Neben dem Umstand, dass damit geltendem Recht zur Wirksamkeit verholfen würde, brächte dies zugleich bedeutsame Entlastungen für den Wohnungsmarkt mit sich.
- **Rücknahme der Novelle des Berliner Polizeigesetzes Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz**
Die AfD fordert die Rücknahme der rot-rot-grünen Novelle des Berliner Polizeigesetzes (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz / ASOG). Diese Neufassung schränkt die Möglichkeiten der Beamten zu sehr ein, verunsichert sie und begünstigt die Täter.
- **Abschaffung des sogenannten Anti-Diskriminierungsgesetzes**
Die AfD fordert die Abschaffung des sogenannten „Anti-Diskriminierungsgesetzes“. Die hier verankerte Beweislastumkehr im Kontext behaupteter Diskriminierungen unterschiedlichster Art erschwert die Arbeit des gesamten öffentlichen Dienstes des Landes Berlin, einschließlich der Sicherheits- und Ordnungsorgane und führt ebenfalls zu erheblichen Verunsicherungen. Nicht zuletzt führt dieses Gesetz zu

einer zunehmenden Zurückhaltung anderer Bundesländer bei der Unterstützung Berliner Einsatzkräfte durch ihre Landesbeamten.

10. Integration / Zuwanderung

- **Differenzierte Betrachtung und Behandlung der inhomogenen Gruppen Zuwanderungswilliger**

In unserem Bezirk gibt es sehr unterschiedliche Gruppen von Zuwanderern. Aus anderen Bundesländern oder EU-Staaten kommen vor allem Menschen, die in Berlin einer Arbeit nachgehen wollen. Diese können in der Regel gut in unsere Gesellschaft integriert werden.

Menschen, die verfolgungsbedingt Asyl erhalten oder uns auf Grund nicht vorliegender Asylgründe verlassen sollen, können nicht die gleichen deutschen Integrationshilfen erwarten. Als sogenannte „Geflüchtete“ zu uns gekommene Menschen haben, solange sie hier als Asylbewerber anerkannt sind bzw. subsidiären Schutz genießen, ein Aufenthaltsrecht.

- **Einhaltung deutscher Normen und Gesetze**

Wir lehnen alle Form von Gewalt, strafbaren Handlungen, Beleidigungen und Anfeindungen gegenüber Migrant*innen jeglicher Colour ab, fordern aber auch von ihnen unabhängig der Dauer ihres Aufenthaltes die Einhaltung deutscher Normen und Gesetze. Abgelehnte Asylbewerber und andere vollziehbar ausreisepflichtige Personen, von denen es allein im Land Berlin aktuell ca. 24.000 Personen gibt, haben Land und Bezirk dann aber auch tatsächlich zu verlassen, als Ultima Ratio im Wege der Abschiebung. Diese in Berlin durch den rot-rot-grünen Senat hintertriebene Durchsetzung des geltenden Rechts würde zugleich den Wohnungsmarkt und die Landesfinanzen spürbar entlasten.

- **Beseitigung von migrationsfördernden Fehlanreizen**
Gerade der Gruppe der Asylbewerber bzw. Asylanten und subsidiären Schutz Genießende sollen über die Gewährung humanitärer Grundstandards (Sachleistung statt Geldleistung) hinaus keine wirtschaftlichen Anreize geboten werden.
Sprachkurse in deutscher Sprache sind angesichts der grundsätzlichen Befristung ihres Aufenthaltes verzichtbar und sollen durch Kurse zur Förderung ihrer Qualifikation bzw. Fähigkeiten zur späteren Mitwirkung am Wiederaufbau ihrer Herkunftsländer ersetzt werden.
Einrichtungen im Bezirk bzw. Vereine, welche die Remigration hier lebender Asylbewerber rechtsstaatswidrig behindern, sind sämtliche Fördermittel zu entziehen.
- **Schluss mit der Benachteiligung Einheimischer bei der Wohnraumvergabe**
Das zukünftige Bezirksamt soll sich dafür einsetzen, dass Asylbewerber bei der Zuteilung von Wohnberechtigungsscheinen für die Vergabe von Wohnungen in den städtischen Wohnungsgesellschaften nicht länger bevorzugt werden.
- **Keine Ghettobildung**
Die Bildung jeglicher Wohnghettos von Migranten muss verhindert werden.
- **Größtmögliche Transparenz der Kosten der Asylpolitik**
Das Bezirksamt hat für größtmögliche Transparenz hinsichtlich der Kosten der Asylpolitik zu sorgen.

- **Unbedingte Einhaltung des Neutralitätsgesetzes**
Das künftige Bezirksamt wird aufgefordert, sich beim Senat von Berlin für den Erhalt und die Einhaltung des Neutralitätsgesetzes einzusetzen und nach österreichischem Vorbild ein Kopftuchverbot in öffentlichen Bildungseinrichtungen bis zum Erreichen der Religionsmündigkeit durchzusetzen.

11. Direkte Demokratie – Demokratiedefizite

- **Stärkung echter Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie**

Ergebnisse von Volksentscheiden und Volksbegehren sind Ausdruck direkter Demokratie. Sie sind als solche durch die Verwaltung zu respektieren und nicht durch die „Hintertür“ aufzuweichen.

Quoren für einen Volksentscheid sind abzusenken.

- **Veranstaltungsräume im Bezirk für alle Vereine und politischen Parteien öffnen**

Die Unterstützung aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte, Parteien und Vereine in einer demokratischen Gesellschaft ist uns wichtig. Vereine und Parteien sind in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu fördern. Dazu gehört auch, dass ihnen alle geeigneten Räume des Bezirksamtes und aller Vereine, welche Fördermittel des Bezirkes oder Landes erhalten, für die Durchführung von Veranstaltungen geöffnet werden.

- **Politische Neutralität der Stadtteilzentren durchsetzen**

Die Stadtteilzentren sind als Orte und Träger des gesellschaftlichen Lebens dazu verpflichtet, allen Bürgern unseres Bezirkes, unabhängig von deren politischer Orientierung, interessante und vielfältige Veranstaltungen und Betätigungsmöglichkeiten anzubieten. Als Voraussetzung dafür fordern wir die Einhaltung der Verpflichtung zu politischer Neutralität. Die Räume sind allen Vereinen und Parteien des Bezirkes für die

Durchführung von Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

- **Beim Bundesprogramm „Demokratie leben“
Transparenz schaffen**

Die bezirklichen Begleitgremien als Substrukturen des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ sind hinsichtlich ihrer Netzwerke aus bezirklichen Akteuren unterschiedlichster Bereiche vollständig intransparent. Dem Bürger gegenüber sind die Beteiligtenverhältnisse künftig offenzulegen! Wir fordern, die künftige Förderpraxis im Rahmen der Aktionsfonds-Projekte auf die Grundlage eines parteiunabhängigen Pluralismus zu stellen.

Die Anerkennung unser FDGO muss Voraussetzung für die Gewährung von Fördergeldern sein.

- **„Koordinierungsstelle Demokratieentwicklung“
abschaffen**

Inoffizielle Aufgabe der „Koordinierungsstelle Demokratieentwicklung“ ist es, politische Aktivitäten konservativ ausgerichteter Akteure zu bekämpfen. Vorgeblich im Auftrag des gesamten Bezirksamtes handelnd, geht sie, steuergeldfinanziert, gezielt gegen konservative politische Kräfte im Bezirk vor und wirkt damit demokratiegefährdend. Wir fordern die Abschaffung der Koordinierungsstelle!

- **Politische Neutralität der steuergeldgeförderten
Vereine durchsetzen**

Viele Vereine erhalten für ihre Projekte Mittel aus dem Landes- oder Bezirkshaushalt. Sie können nur dann

erfolgreich eine wichtige Aufgabe im Sinne des Gemeinwohls erfüllen, wenn sie die Arbeit im Rahmen dieser Projekte strikt politisch neutral gestalten. Wir fordern andernfalls deren Tätigkeit künftig nicht mehr aus Haushaltsmitteln von Bezirk oder Land zu fördern.

- **Bürgerhaushalt bürgerfreundlich und effektiv umgestalten**

Der Bürgerhaushalt des Bezirkes in seiner bisherigen Organisation erweist sich als sehr kleinteilig und führt zu einer ineffizienten Zersplitterung der vorhandenen Mittel. Wir fordern, die guten Ideen der Bürger künftig schnell und unbürokratisch über den regulären Bezirkshaushalt zu finanzieren und zu verwirklichen.

- **Transparenz der Fördermittelvergabe und der involvierten Gremien**

Wer bekommt wieviel – wem nützt es - hier muss ein messbarer Erfolgsnachweis erbracht werden.

- **Berliner Register abschaffen**

Das sogenannte „Berliner Register“ wird aus Steuermitteln finanziert. Es soll vorgeblich „rechtsextremistische und diskriminierende Vorfälle“ in den Berliner Bezirken erfassen.

Damit dient es zur Rechtfertigung der Finanzierung entsprechender, angeblich demokratiefördernder Vereine. Für die Erfassung und Bearbeitung strafrechtlich relevanter Vorfälle sind laut geltendem Recht ausschließlich die Strafverfolgungsbehörden zuständig.

Daher fordern wir die ersatzlose Abschaffung des sogenannten „Berliner Registers“.

12. Natur und Umwelt

Das Klima unterliegt einem permanenten, natürlichen Wandel. Der menschliche Einfluss darauf ist unserer Überzeugung nach nur sehr begrenzt. Ebenso, wie es die menschlichen Fähigkeiten sind, das Klima zu „schützen“ bzw. zu „konservieren“.

Was wir jedoch sinnvoll und mit vertretbarem Aufwand leisten können, ist der Schutz von Umwelt und Natur, wichtigen Faktoren, die ebenfalls klimawirksam sind. Die Menschen in der Großstadt Berlin und im Stadtbezirk brauchen die lebendige Natur zum Leben.

- **IGA**

2017 war unser Bezirk Gastgeber für die IGA. Die dafür geschaffenen Anlagen müssen erhalten, weiterentwickelt und ergänzt werden. Wir wollen, dass dieses Kleinod, von Menschen gestalteter Natur, für alle Besucher auch in Zukunft attraktiv bleibt.

- **Wuhletal**

In der BVV treten wir weiterhin dafür ein, dass die Wasserqualität und der Wasserhaushalt der Wuhle ökologisch verbessert und dieses wichtige Feuchtbiotop gegen an den Rand drängende Wohnbebauung geschützt wird.

- **Ahrensfelder Berge und Biesdorfer Höhe als Naherholungsgebiet neu erschließen**
Wir fordern die Ahrensfelder Berge und die Biesdorfer Höhe von Unrat zu befreien, Müllbehälter, Bänke und Tische aufzustellen. Eine behutsame Pflege und das Freischneiden von Sichtschneisen von den Aussichtspunkten sind zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität unerlässlich.
- **Mehr Zuwendungen für das Grünflächenamt**
Der Vermüllung auf den Straßen, in den Parks und in den Wäldern ist der Kampf anzusagen.
Auch ist ausreichend Personal für das Grünflächenamt einzustellen.
- **Streuobstwiesen**
Auf geeigneten Flächen sind Streuobstwiesen anzulegen.
- **Höninger Weiherkette**
Die Höninger Weiherkette ist ein wichtiger Rückzugsraum für die Tierwelt, der unbedingt erhalten und geschützt werden muss.
- **Gegen weitere Bodenversiegelung und Zerstörung von Biotopflächen**
Weil wir gegen unnötige klimaschädigende Bodenversiegelung sind, lehnen wir den beiderseitigen Radweg an der TVO und einen neu angelegten Radschnellweg entlang der Biesdorfer Promenade ab.
Gleiches gilt für die Unterbrechung zusammenhängender Biotopflächen durch immer weitere Bebauung und die

dadurch erfolgende Verstärkung des klimaschädlichen städtischen **Wärmeineffekts** (UHI).

- **Umfassende Bildung der Schüler im Umwelt- und Klimaschutz**

Wir setzen uns für eine umfassende Bildung der Schüler im Umwelt- und Klimaschutz ein, um hysterischen sowie ideologiesteuerten und unwissenschaftlichen Auswüchsen zu begegnen. Sämtliche bisherigen Maßnahmen sollen gegen eine kluge Kosten-Nutzenrechnung abgewogen werden.

- **Wildschweinbestand reduzieren**

Wir fordern, dass Stadtjäger damit beauftragt werden, den Wildschweinbestand deutlich zu reduzieren. Da Wildschweine hier praktisch keine natürlichen Feinde haben, vermehren sie sich unvertretbar stark und richten Schäden an, indem sie Bodenbrüter und Amphibien in den Feuchtgebieten Wuhletal sowie der Hönower Weiherkette vernichten und unsere Erholungslandschaft zerstören.

- **Rattenbekämpfung**

Ganz wichtig für den Erhalt der Gesundheit unserer Bürger ist eine effektive und dauerhafte Rattenbekämpfung. Andere wildlebende Tierpopulationen sind auf ihren natürlichen Lebensraum, der dabei nach Möglichkeit zu schützen ist, zu begrenzen.

13 Kultur und Freizeit

- **Erhalt von architektonisch, historisch bedeutsamen Bauwerken und Denkmälern**

Wir setzen uns weiterhin für den Schutz der architektonisch historisch bedeutsamen Bauwerke, Denkmäler und Flächen im Bezirk ein. Soweit diese noch nicht geschützt sind, sollen sie unter Denkmalschutz gestellt werden.

Die Öffnungszeiten des Bezirksmuseums sind besucherfreundlich zu erweitern.

- **Materielle Zeugnisse der Vergangenheit**

Denkmäler und andere materielle Zeugnisse der Vergangenheit sind in ihrer Gänze notwendig, um gut in der eigenen Geschichte zu wurzeln. Die AfD tritt deshalb für ihre Pflege und behutsame Restaurierung ein. Geschichtliche Zeugnisse sollen als objektive Sachzeugen unabhängig vorübergehender Einordnungen des Zeitgeistes oder von Ideologien erhalten werden. Es darf keine Unterscheidung zwischen guter bzw. genehmer und schlechter bzw. zu entsorgender Geschichte respektive geschichtlicher Zeugnisse mehr geben.

- **Fortbestand bestehender Museen und Ausstellungsflächen**

Die AfD setzt sich für den Fortbestand bestehender Museen und Ausstellungsflächen und deren behutsamer Weiterentwicklung ein.

- **Künstler und andere Solo-Selbständige**
Die AfD hält Künstler und andere Solo-Selbständige für wichtige Akteure einer gesunden Gesellschaft. Auch sie müssen – insbesondere angesichts der Folgen der Corona-Einschränkungen – vor dem Fall in die Grundsicherung bewahrt werden. Wo das Bezirksamt mit Räumen oder Auftrittsmöglichkeiten helfen kann, soll es das tun.
- **Wissen über vergangene deutsche Diktaturen**
Die AfD hält ein solides Wissen auch über die zweite deutsche Diktatur für eine Grundvoraussetzung, um deren Verharmlosung und das nochmalige Abrutschen in diese oder jegliche anderweitig totalitäre Form der Gesellschaftsorganisation zu verhindern.
- **Frei- /Kombibad für Marzahn-Hellersdorf**
Die AfD unterstützt den schnellstmöglichen Bau eines bezirklichen Frei-/Kombibades.

- **Wahlprogramm des Bundesverbandes**

<https://www.afd.de/wahlprogramm/>



- **Dieses Programm finden Sie auch im Internet:**

marzahn-hellersdorf.afd.berlin/wahlprogramm/



Beschlossen auf dem Bezirksparteitag der AfD
in Berlin, am 10.07.2021

